

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Kindertagespflege weiter aufwerten

Die Tagespflege von Kindern hat in den letzten Jahren stärkere Bedeutung erfahren und wird zukünftig weiter aufgewertet. Zum einen wurde und wird dabei die Frage der Qualität in den Vordergrund gestellt: Die Tagespflege hat den gleichen Auftrag wie die Tagesbetreuung in Kindergärten, nämlich Eltern bei der Bildung, Erziehung und Betreuung der jüngsten Kinder zu begleiten und zu unterstützen. Ein zweiter Punkt ist die Gewinnung von mehr Tagespflegepersonen. Drittens geht es um die Frage der Finanzierung der Tagespflege und der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung der Tagespflegepersonen.

Nach der Verständigung über ein gemeinsames Ausbauziel von Bund, Ländern und Gemeinden und nach Sicherstellung der Finanzierung sind mit dem Kinderförderungsgesetz (KIFÖG) die rechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau eines Betreuungsangebots geschaffen und die Förderung für Kinder unter drei Jahren deutlich verbessert worden. In der vergangenen Woche hat der Bundesrat das Gesetz beschlossen. Damit ist die Arbeit zur Stärkung der Kindertagesbetreuung für die nächsten Jahre klar umrissen: Bis zum Jahr 2013 müssen bundesweit im Durchschnitt für 35 % der unter Dreijährigen Betreuungsplätze geschaffen werden. Dabei geht der Bund davon aus, dass ein erheblicher Teil der neuen Plätze bei Tagesmüttern und Tagesvätern entstehen werden.

Frauen und Männer, die Kinder in Tagespflege betreuen, müssen für ihre Aufwendungen und ihre Arbeit bezahlt werden. Ab dem 1. Januar 2009 sind alle Einnahmen aus der Tagespflege steuer- und sozialversicherungspflichtig. Damit die Tagesmütter dadurch finanziell nicht schlechter als zuvor gestellt sind, ist eine neue Entgeltstruktur notwendig.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt, dass der Senat bereits eine neue Entgeltstruktur in der Tagespflege geschaffen hat, die mit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes zum 1. Januar 2009 gelten wird.
2. Die Stadtbürgerschaft begrüßt, dass der Senat für die Finanzierung der Arbeit der Tagesmütter mehr Geld bereitstellen wird. Damit sollen die Tagesmütter gerechter und in Anlehnung an die Tarifgehälter in der Kindertagesbetreuung bezahlt werden. Zudem ist sicherzustellen, dass die Bezahlung der Tagesmütter ohne Zeitverzug erfolgt.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, im kommenden Jahr im Rahmen der vorzulegenden Ausbauplanung der Tagesbetreuungsangebote für die 0- bis 3-Jährigen auch den geplanten Ausbau der Kindertagespflege darzustellen.

Karin Garling,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Mustafa Kemal Öztürk,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen